

Allgemeine Datenschutzbestimmungen (Art. 12, 13 DSGVO)

-Öffentlich-rechtliche Namensänderung-

Die nachfolgenden Bestimmungen dienen der Information der Personen, die einen Antrag auf öffentlich-rechtliche Vornamens- und Familiennamensänderung stellen, über die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), insbesondere unter Berücksichtigung der Informationspflichten nach Art. 12 bis 14 DSGVO sowie zur Aufklärung über die nach der DSGVO bestehenden Betroffenenrechte gemäß den Artikeln 15 bis 22 und Art. 34 DSGVO.

Der vollständige Text der DSGVO ist im Internet unter <http://eur-lex.europa.eu/legalcontent/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R0679&from=EN> verfügbar. Bei weiteren Fragen zur Datenschutz-Grundverordnung können Sie sich jederzeit vertrauensvoll an den Datenschutzbeauftragten und/oder das Standesamt wenden.

1. Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist

Stadt Bayreuth

-Standesamt-

Luitpoldplatz 13

95444 Bayreuth

Tel.: 0921/25-1232

E-Mail: standesamt@stadt.bayreuth.de

www.bayreuth.de

Allgemeine Hinweise zum Datenschutz: <https://www.bayreuth.de/datenschutz/>

3. Zuständige Datenschutz-Aufsichtsbehörde:

der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz (Art. 15 Abs. 1 BayDSG)

Wagmüllerstraße 18

80538 München

Tel. (089) 212672-0

Fax (089) 212672-50

E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

4. Datenschutzbeauftragter der Stadt Bayreuth

Luitpoldplatz 13

95444 Bayreuth

Tel. (0921) 25-1355

E-Mail: datenschutz@stadt.bayreuth.de

Zweck und Grundlage der Verarbeitung

Die Nutzung erfolgt zur Prüfung, ob die Voraussetzungen zur Bewilligung eines Antrages auf öffentlich-rechtliche Vornamens- bzw. Familiennamensänderung vorliegen, im Einzelnen Prüfung der Staatsangehörigkeit für die Antragsberechtigung, Prüfung des Wohnsitzes für die Zuständigkeit und Prüfung der familiären Umstände

und des näheren Umfeldes zur Wertung, ob ein wichtiger Grund für die beantragte Vornamens- bzw. Familiennamensänderung vorliegt.

Art der erhobenen Daten

Kategorien der personenbezogenen Daten

- Familienname
- beantragter Familienname
- Geburtsname
- Vorname
- beantragter Vorname
- Geburtsdatum
- Staatsangehörigkeit
- Anschrift
- Familienstand
- ggf. Höhe des Einkommens bei Beantragung einer Gebührenermäßigung

Kategorien der betroffenen Personen

- Antragsteller
- Ehegatten
- minderjährige Kinder

Empfänger / Zugriffsberechtigte oder Kategorien von Empfängern / Zugriffsberechtigten der personenbezogenen Daten

Einzelfallabhängig:

- Jugendamt
- Polizei
- Standesamt im Auftrag des Amtsgerichts -Schuldnerverzeichnis
- Verwaltungsgericht
- Einwohnermeldeamt
- Standesamt
- Standesamt I in Berlin

Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Nicht relevant

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Alle Vorgangsdaten werden temporär nur solange elektronisch gespeichert, bis die entsprechenden Anträge auf Namensänderung abschließend bearbeitet worden sind. Die Durchschriften der Namensänderungsurkunden verbleiben zusammen mit den Papieranträgen 30 Jahre im Standesamt, damit der Antragsteller jederzeit eine beglaubigte Kopie der Namensänderungsurkunde erhalten kann, falls das ausgehändigte Exemplar verloren geht. Nach 30 Jahren werden die Sammelakten dem Archiv zur Aufbewahrung angeboten.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- **Auskunftsrechte (Art. 15 DSGVO)**

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten.

- **Recht zur Datenberichtigung (Art. 16 DSGVO)**

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu. Eine Berichtigung und/oder Ergänzung hat unverzüglich – d. h. ohne schuldhaftes Zögern – zu erfolgen.

- **Recht auf Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO)**

Sie haben das Recht, von uns die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben und verarbeitet wurden, nicht länger erforderlich sind. Die Löschung hat unverzüglich – d. h. ohne schuldhaftes Zögern – zu erfolgen.

- **Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung (Art. 18 DSGVO)**

Sie haben das Recht, die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in folgenden Fällen einschränken zu lassen: Haben Sie die Richtigkeit Ihrer personenbezogenen Daten bestritten, können Sie von uns verlangen, dass Ihre Daten für die Dauer der Richtigkeitsprüfung für andere Zwecke nicht genutzt und insoweit eingeschränkt werden. Bei unrechtmäßiger Datenverarbeitung können Sie anstelle der Datenlöschung nach Art. 17 Abs. 1 lit. d DSGVO die Einschränkung der Datennutzung nach Art. 18 DSGVO verlangen.

- **Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)**

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu.

- **Recht zum Widerspruch gegen bestimmte Datenverarbeitungen (Art. 21 in Verbindung mit Art, 17, 18 DSGVO)**

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen.

- **Verbot automatisierter Entscheidungen / Profiling (Art. 22 DSGVO)**

Automatisierte Entscheidungen/ Profiling finden nicht statt.

- **Ausübung der Betroffenenrechte**

Zur Ausübung der Betroffenenrechte wenden Sie sich bitte an die unter Ziff. 1 oder 3 genannten Stellen. Anfragen, die elektronisch eingereicht werden, werden in der Regel elektronisch beantwortet, soweit Sie in Ihrer Anfrage keine abweichenden Festlegungen getroffen haben.

- **Pflicht zur Informationsweitergabe an Dritte (Art. 19 DSGVO)**

Jede Berichtigung oder Löschung der personenbezogenen Daten oder Einschränkung der Verarbeitung (Art. 16, 17 Abs. 1, Art. 18) wird an die oben genannten Empfänger/Zugriffsberechtigten weitergegeben, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.²Der Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person über diese Empfänger, wenn die betroffene Person dies verlangt.

- **Rechtsschutzmöglichkeiten**

Im Fall von Beschwerden können Sie sich jederzeit an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden. Für unsere Behörde ist die in Ziffer 2. (siehe oben) genannte Aufsichtsbehörde zuständig.

- **Widerrufsrecht**

Wenn Sie in die Verarbeitung durch die Stadt Bayreuth durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Pflicht zur Bereitstellung von Daten

Das Standesamt als Namensänderungsbehörde benötigt Ihre Daten ausschließlich zur ordnungsgemäßen Bearbeitung Ihres Namensänderungsantrags (siehe oben „Zweck und Grundlage der Verarbeitung“).